

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Lageblatt Riesa,
Hermsd. Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachnummer
Riesa 1590,
Groschoffe:
Riesa Nr. 52.

Nr. 82.

Freitag, 8. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg RM. 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederholung der Zeitung oder auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Notablendruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Gefährdet Hindenburg protestantische Belange?

Herr Dr. Karl Bernhard Ritter,
Warburg a. d. V.

Wir der Behauptung, die evangelische Kirche dürfe unter dem katholischen Abolf Hitler oder unter Herrn Eugenberg eine gerechtere Behandlung erwarten, als sie ihr unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs zuteil geworden sei, ist bereits im ersten Wahlgang verurteilt worden, dem Reichspräsidenten protestantische Anhänger zu entfremden. Als einziges Argument für die sonderbare These wird immer wieder nur die Tatsache beigebracht, daß auch das Zentrum und die Sozialdemokratie sich bereit gefunden haben, die neue Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen.

Man muß es zunächst bebauern, daß überhaupt auf diese Weise die konfessionellen Gegensätze in einer Wahl angesprochen werden, die dazu so wenig wie möglich Anlaß bietet und wahrhaftig unter völlig anderen Vorzeichen auszuführen ist. Die Belange der evangelischen Kirche werden dabei geradezu gewaltsam in die Debatte geworfen, um sie für eine Partei propagandistisch zu verwenden. Man muß das umfomehr beklagen, als durch die Unterbreitungen des Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats und des Bischofs von Berlin unter dem Ruf nach Wahl Hindenburgs die Einbeziehung der konfessionellen Frage in den Wahlkampf deutlich genug abgewiesen war. Zudem erfolgt angesichts der völligen Unmöglichkeit, die bewußt evangelische, vorbildliche Persönlichkeit unter kirchlichen oder konfessionellen Gesichtspunkten anzusprechen, der Anruf auf eine Art, die sich einer partei-arithmetischen Argumentation bedient, um indirekt zu beweisen, was direkt ausgesprochen nur zu offensichtlich der Persönlichkeit Hindenburgs bitteres Unrecht antun würde. Die von der christlichen Weltanschauung und von christlichem Verantwortungsbewußtsein getragene Staatsführung Hindenburgs hat ihr ganz ohne Zweifel weit über die Weihen der Wähler von 1925 hinaus Vertrauen erworben. Und wenn auch große Gruppen nur aus tatsächlichen Erwägungen heraus die Parole für Hindenburg ausgegeben haben mögen, bedeutet es dann nicht eine traurige parteipolitische Trübung des eigenen Urteils, wenn man das Tischgespräch zwischen den protestantischen Kreisen und dem protestantisch gesinnten Hindenburg darum zu zerhacken sucht, weil auch ihm weltanschaulich freisprechende sich bewegen fühlen, für seine Wahl einzutreten? Es ist ein Unbegriff auf der einen Seite für die Unabhängigkeit, die Werbeparteilichkeit der Staatsführung einzutreten, und gleichzeitig den Mann zu bekämpfen, der wie kein anderer bewiesen hat, daß er sich nur seinem Gott verantwortlich fühlt und jede parteipolitische Bindung von sich weist.

Wenn wir Protestanten aus allen Grund haben, uns über eine Beurteilung unserer Interessen durch die derzeitige preussische Regierungskoalition vornehmlich durch ihre Personalpolitik zu beklagen, so bedeutet es doch eine sachlich unmögliche Entstellung, wenn die Schuld an dieser Personalpolitik des evangelischen Bevölkerungsanteils zugerechnet dem Reichspräsidenten v. Hindenburg zugeschoben wird, der alle seine Handlungen von seiner evangelischen christlichen Gesinnung her bestimmen lassen. In einem Artikel, den der „Reichsbote“ nicht nur kritiklos, sondern sogar empfehlend aus der Lubendorffschen „Reichswoche“ übernommen hat, heißt es, Hindenburg sei mit der Pflicht, einigend und versöhnend zu wirken, die Linsen gefolgt, aber die Linse sei ihm nicht gefolgt. Wir sehen, die letzte Wahl wäre weit eher Anlaß zur Befürchtung darauf, ob die Linsen die Hindenburg im Jahre 1925 zu seinem hohen Amte berufen haben, ihm auch die unterliegenden Gefolgshandlungen geleistet haben? Hindenburg selber hat sich mit Recht beklagt, daß ihm gerade dann, wenn es sich um schwere, verantwortungsvolle Entscheidungen handelte, die Unterstützung und Gefolgshandlungen von denen, denen er weltanschaulich nahe steht, aus parteipolitischen Egoismus verweigert worden ist!

Der erwähnte Aufsatz soll nach der Behauptung seines Schreibers nicht Politik, sondern weit höhere und heiligere Dinge betreffen. Es handelt sich um Religion und besonders um die evangelische Religion der Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn der Artikelautor im gleichen Atemzuge behauptet, er glaube, daß die evangelische Kirche unter dem katholischen Hitler oder unter Eugenberg eine gerechtere Behandlung erfahren werde, als unter Hindenburg, so ist dieser Glaube von ebenso viel Leichtfertigkeit unterbaut, wie die Behauptung, daß die Wiederwahl Hindenburgs ein Unglück sei. Eugenberg ist bereits aus dem Entscheidungsfeld ausgeschieden, man kann sich darum mit der Erinnerung begnügen, daß Hitler selbst von dem Gefolgshandlungen Eugenbergs Major Stephani, ein Kämpfer genannt wurde.

Wenn es sich denn aber bei dieser Präsidentschaftswahl um die evangelische Religion handeln soll, dann hat man auch die Pflicht, sich die religiösen Ideen des Nationalsozialismus näher anzusehen. Und selbst diejenigen, die dem Nationalsozialismus politisch nahe stehen, sehen mit

Vertagung der Donau-Konferenz.

Keine Einigung erzielt.

LONDON. (Funknachricht.) Die Viermächte-Konferenz hat sich heute mittag ohne nähere Angaben eines Termins für den Wiederzusammentritt vertagt.

* LONDON. Das Ergebnis der Verhandlungen des Vierer-Ausschusses der Donaukonferenz am Donnerstag wurde in einem Protokoll zusammengefaßt, das etwa 2% Schreibmaschinenseiten lang ist und in etwa 5 Absätze eingeteilt ist. Dieses wurde der Vollkonferenz heute Freitag vormittag vorgelegt. Der Inhalt bewegt sich in allgemeinen Ausdrücken, führt die Punkte auf, in denen die Mächte übereinstimmen, lebt die zutage tretenden Gegensätze hervor und beschäftigt sich mit der weiteren formellen Behandlung der Donaufrage.

Das Protokoll dringt zum Ausdruck, daß grundsätzlich finanzielle Hilfsmaßnahmen nur dann einen Zweck hätten, wenn sie zeitlich dafür gesorgt werden, daß die unterliegenden Staaten wirtschaftlich aus eigener Kraft ihren Verpflichtungen nachkommen könnten. Unter dem Eindruck der Ausführungen des Staatssekretärs von Bälou wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Großmächte zu den Donauländern voneinander wesentlich abweichen. Es wird ausgedrückt, daß Deutschland und Italien an dem Handel mit den Donauländern mehr interessiert sind als Frankreich und England, und daß die Erhaltung des italienischen und deutschen Ausfuhrmarktes für die Donauländer von Wichtigkeit ist.

Ein besonderer Abschnitt befaßt sich mit der Weisheits-Klausur, wobei darauf hingewiesen wird, daß auch besondere und zeitliche Erleichterungen erwärdet werden sind, daß aber von zwei Staaten noch keine endgültige Zustimmung zu der Aufnahme des Weisheitsantragsrechts erfolgt ist, wobei erwähnt wird, daß auch eine zeitweilige Aufnahme dieser Rechte für die Dauer der Krise unter Umständen von Wichtigkeit sein könnte. Das Protokoll schließt dann vor, daß die Viermächtekonferenz als solche bestehen bleiben und zu weiteren späteren Sitzungen zusammenzutreten soll. Der Gedanke von Parallelkonferenzen der vier Mächte und der Donauländer, wie er von italienischer Seite als Vermittlung vorgeschlagen wurde, wird in dem Protokoll abgelehnt und erklärt, daß vielleicht ein nochmaliger Zusammenritt der Viermächtekonferenz notwendig sei, ehe die Donaumächte hinzugezogen werden könnten. Die Möglichkeit einer Einbeziehung Bulgariens ist offengelassen.

Bälous Rede im Vierer-Ausschuss.

Starker Eindruck auf die Engländer.

* LONDON. Während der Verhandlungen des Vierer-Ausschusses der Donaukonferenz hielt Staatssekretär von Bälou eine lange Rede, in der er den deutschen Standpunkt eingehend darlegte und insbesondere darauf hinwies, daß das Vorzugsrecht nicht den gewöhnlichen Erfolgsfragen bringe, wie man dies bisher in London angenommen hat. Die Rede hat angeblich auf die englischen Zuhörer einen starken Eindruck gemacht, die für die darin enthaltenen Ausführungen über die Lage in den Donau- und Balkanländern sehr dankbar gewesen seien und zugaben haben sollen, daß sie mit den dortigen Verhältnissen nicht sehr vertraut seien. Es verriet ferner, daß Grandi am Donnerstag den deutschen Standpunkt wesentlich mehr unterstützt hat, als dies am Mittwoch der Fall war.

Graf Schwerin von Krojitz nach London berufen.

* BERLIN. Die deutsche Delegation in London, die keinen Sachmann für den gestern eingefetzten Finanz-

ausschuss der vier Mächte zur Verfügung hatte, hat um die Entsendung eines solchen gebeten. Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krojitz, der sich gegenwärtig in Badenweiler aufhält, wird sich sofort nach London begeben und dort im Laufe des heutigen Freitag ein treffen.

Kommunique

über die gestrige Sitzung des Vierer-Ausschusses.

* LONDON. Gestern abend ist folgendes Kommuniqué veröffentlicht worden: Der von der Viermächtekonferenz ernannte Ausschuss hatte gestern vormittag als auch gestern nachmittag im Foreign Office und prüfte im einzelnen die auf der Konferenz unterbreiteten Hauptvor schläge. Die Konferenz wird morgen von dem Ergebnis der Erörterungen in Kenntnis gesetzt werden.

Der Tardieu-Plan nicht durchführbar?

* LONDON. In unentdeckten französischen Kreisen wird jetzt ausgegeben, daß ein Durchgehen des Tardieu-Planes in seiner ursprünglichen Form fast zu bezweifeln ist.

England ist, wenn es auch an sich dem französischen Plan insofern gegenübersteht, nicht gewillt, seine Vorzugrechte in den Donauländern für dauernd aufzugeben, und neuerlich wird auch mit einer sich auf dieselben Anliege betreffenden Einmischung Amerikas gerechnet. Staatssekretär von Bälou und Grandi beäuen weiter darauf, daß das Donauproblem unbedingt auf die Großmächte ausgebeugt werden müsse, da diese die wichtigsten Absatzmärkte für die Donauländer bilden. Hierbei wurde sowohl von deutscher wie von italienischer Seite besonders auf Ungarn hingewiesen, dessen landwirtschaftliche Erzeugnisse zum größten Teil nach Deutschland und Italien gehen, während diese beiden Länder keinerlei Benachteiligung ihrer industriellen Interessen an Ungarn zugunsten der Fischschiffahrt zuzustehen könnten.

Frankreich betont im weiteren Verlauf der Ausschußverhandlungen in wachsendem Maße, daß es in seinem Falle einen Verlust seiner finanziellen Investitionen in den Donauländern erleiden würde. Da Frankreich fast ausschließlich die von den Donauländern benötigten sofortigen Kredite finanzieren müsse, so könne es keinesfalls ein Entgegenkommen für seinen Standpunkt verlangen.

Die heutige Sitzung.

LONDON. (Funknachricht.) Die Viermächte-Konferenz trat heute vormittag unter dem Vorsitz MacDonalds zusammen. Der Ausschuss der Konferenz wird in dieser Sitzung seinen Bericht vorlegen und, wie man glaubt, im Hinblick auf die gestern zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten eine Vertagung der Konferenz auf unbestimmte Zeit beantragen.

Der deutsche Staatssekretär des Neuheren v. Bälou gab Pressevertretern gegenüber seinem Rednern darüber Ausdruck, daß die Dinge eine solche Wendung genommen hätten. Er fügte hinzu, er habe von Anfang an die Empfehlung gehabt, daß die Lage zu verwickelt sei, als daß man die Verhandlungen darüber in drei Tagen erledigen könne.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte, daß er das Ende. Wir haben unser Bestes getan.

Belognis, daß in seiner Gedankenwelt religiöse Ideen Geltung beanspruchten, die mit dem Christentum nicht viel mehr zu tun haben. Auch die Weisungen über das Christentum, die von Adolf Hitler selbst bekannt geworden sind, erwecken nicht das Vertrauen, daß es sich da um eine Persönlichkeit handelt, die eine echte und tiefere Beziehung zur christlichen Wahrheit besitzt, wie das doch bei dem Reichspräsidenten ganz außer Zweifel steht. Und schließlich kommt das doch vor allem für eine Entscheidung bei dieser Wahl der Verantwortlichkeit nicht einer Partei, in Frage. Aus dem nationalsozialistischen Lager schallen immer häufiger Stimmen, die als die Zukunft der christlichen Religion ein germanisches Christentum proklamieren. Darum ist der seltene für Hitler eintretende Artikel gerade im Lubendorffschen Reichswort sehr zu begrüßen! Kann man solche Stimmen durch den Hinweis auf das Bekenntnis zum positiven Christentum, wie es im Hitlerischen Parteiprogramm abgelegt wird, entkräften, wenn der Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ und Anwärter auf das Außenministerium im

Dritten Reich, Alfred Rosenberger, ein Buch „Der Mutus des 20. Jahrhunderts“ schreibt, in dem die Religion durch ebenso unchristliche, wie dilatorisch begründete marxistische Vorstellungen ersetzt ist? Vom germanischen Christentum zur nationalsozialistischen Kirche ist nur ein kleiner Schritt. Und die nationalsozialistische Kirche wäre ebenfalls die Erledigung der evangelischen Landeskirche als der Kirche, die das Erbe der Reformation für unser Volk zu verwirklichen und im Geisteskampf der Gegenwart einzusetzen imstande wäre.

Wir wollen einen Reichspräsidenten, unter dem der Protestantismus, die gesamte protestantische Kultur, die ihr geschichtlich zukommende, volle Berücksichtigung findet“, fordert der Artikel im „Reichsbote“. Wer diesen Wunsch teilt, wird angesichts der weltanschaulichen Situation des Nationalsozialismus den Einfluß des in seiner gesamten Amtsführung und Lebensführung von einer christlichen Bewußtsein getragenen und bestimmten Reichspräsidenten von Hindenburg fürchten.

Wählt Nr. 1 Hindenburg!

Ein Jeder erfülle seine Pflicht.